

**Vier Fragen an:** Jan Kehrberg, Kanzlei GSK Stockmann

# „Fortsetzung der DDR mit anderen Mitteln“

## Über wohnungspolitische Vorstellungen in Berlin und deren mögliche Folgen

*In Berlin bringt die rot-rot-grüne Koalition den Rückkauf von Zigtausenden von Wohnungen ins Gespräch und spricht sogar von Enteignungen, falls dies nicht freiwillig gelingt. Verlässt die Berliner Politik die Grundlage unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung?*

Also der rot-rot-grüne Senat spricht wohl noch nicht von Enteignungen. Aber die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“, die macht das, und zwar sehr klug und mit Unterstützung der Linken. Was dahintersteckt, ist in der Tat sehr gefährlich. Wir unternehmen dann einen ersten Schritt, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundlegend zu verändern, und trotzdem stünde das im Einklang mit dem Grundgesetz. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Veröffentlichungen, in denen die Möglichkeit einer Sozialisierung gemäß Art. 15 des Grundgesetzes beschrieben wird. Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages fasst das ganz gut zusammen: Es bedarf nur einer politischen Entscheidung, eine solche Sozialisierung durchzuführen; die Bundesländer sind dafür zuständig, solange der Bund diese Frage nicht grundsätzlich regelt. Und in Berlin kann so etwas tatsächlich durch einen Volksentscheid beschlossen werden. Die einzige noch etwas offene Frage ist, wie viel Entschädigung dafür gezahlt werden muss.

*Kann mit der Verstaatlichung von Wohnungen oder der Einführung von Mietdeckeln bei 7 Euro je Quadratmeter der weitere Mietenanstieg verhindert werden?*

Die Wahrheit ist, wir erleben hier eine Wiederbelebung eines politischen und wirtschaftlichen Systems, das eigentlich 1989 in Deutschland zu Grabe getragen worden ist. Das Grundgesetz, das dem deutschen Volk alle Optionen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung eröffnet, und die Möglichkeit zur Gesetzgebung durch Volksentscheide ermöglichen einer kleinen Minderheit die Fortsetzung einer DDR mit anderen Mitteln. Theoretisch reicht etwas mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten, um unser Wirtschaftssystem in eine sozialistische Staatswirtschaft umzubauen. Natürlich kann man auch die Mieten deckeln. Wie das dann in der Realität aussieht, konnte man 1989 in den neuen Bundesländern am desaströsen Zustand von Städten und Infrastruktur wunderbar sehen. Das dadurch aber nicht ein Quadratmeter Wohnraum mehr geschaffen wird, scheint noch niemanden wirklich zu bewegen.

*Sie arbeiten als Anwalt auch für ausländische Klienten – werden diese durch die Eskapaden der Berliner Politik abgeschreckt?*

Das ist ja wohl eine rhetorische Frage. Wer würde denn heute Geld in einem Land anlegen, bei dem er morgen nicht mehr weiß, ob ihm die Güter, in die er investiert, noch gehören? Deutschland reiht sich damit ein in Staaten mit diktatorischen Systemen, in denen am Ende Korruption und Kriminalität über Erfolg und Misserfolg bestimmen. Daran sind letztlich durchweg alle der ehemals sozialistischen Staaten gescheitert, die auch alle damit gestartet waren, den Men-

schen Gutes angeeignet zu lassen. Einige haben sich bis heute noch nicht davon erholt. Ich verstehe nicht, wie gerade wir Deutschen das vergessen konnten. Wer heute die Wohnungswirtschaft verstaatlicht, nimmt sich morgen die private Krankenversicherung, die Lebensversicherungen, Banken und irgendwann alle Betriebe mit mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder noch kleinere vor. Das kennen wir schon in einer Hälfte des Landes. Wollen wir das noch mal probieren? Die Fortsetzung der DDR mit anderen Mitteln – aber diesmal mit Westgeld? Politisch kann man das sicherlich so oder so sehen.

*Wie attraktiv ist Berlin als Wirtschaftsstandort, welche wirtschaftlichen Perspektiven hat die deutsche Hauptstadt?*

Das ist das, was mich persönlich am meisten ärgert. Unsere tolle Stadt, die international so viel Interesse und Aufmerksamkeit weckt, war gerade dabei, tief Luft zu holen, um an die Inspiration, Toleranz, die Chancen und den Künstler-, Gründer- und Erfindergeist vor dem Zweiten Weltkrieg anzuknüpfen, um die Kriegsfolgen endgültig hinter sich zu lassen. Jetzt bekommen wir den Klassenkampf wieder, und die Menschen in Westdeutschland sind zu naiv und letztendlich auch zu uninteressiert, um zu verstehen, was da auf sie zu rollt, und in den neuen Bundesländern ist man eh schon an Kummer mit dem Sozialismus gewöhnt. Wenn die Mehrheit nicht beginnt, grundlegend nachzudenken, wird sie mit einer gut gemachten Kampagne überfahren.

Die Fragen stellte **Michael Psotta**.